

17.03.2016

## Kleine Anfrage 4565

des Abgeordneten Gregor Golland CDU

### Projektgruppe erkennt verschärfte Sicherheits- und Kriminalitätslage

SPIEGEL ONLINE berichtete am 7. März 2016 über ein Arbeitspapier der beim Düsseldorfer Innenministerium angebotenen Bund-Länder-Projektgruppe „Zuwanderung“. In diesem wird offenbar eine verschärfte Sicherheitslage dargestellt.

Im dem Papier heißt es unter anderem, dass die Zahl von Gewalt-, Eigentums-, Sexual- und Betäubungsmitteldelikten ansteigen werde. Zugleich stehe zu befürchten, dass Angriffe auf Migranten, Unterkünfte und "rechte Agitation" zunehmen könnten.

Im jüngsten Lagebild des Bundeskriminalamtes (BKA) heißt es, dass Kriminelle unter den 2015 registrierten 1,1 Millionen Flüchtlingen verdächtigt werden, im vergangenen Jahr in Deutschland insgesamt mehr als 200.000 Straftaten begangen zu haben. In zwei Drittel der Fälle geht es laut BKA um Eigentums-, Fälschungs- und Vermögensdelikte. Etwa 18 Prozent sind sogenannte Rohheitsdelikte, also Körperverletzungen, Bedrohungen und Nötigungen.

Sexuelle Übergriffe machen noch nicht einmal ein Prozent der Fälle aus, versuchte und vollendete Tötungsdelikte 0,1 Prozent - 240 Fälle.

In Nordrhein-Westfalen musste die Polizei, laut SPIEGEL, im letzten Jahr alleine 93.000-mal zu 314 Asylbewerberunterkünften des Landes ausrücken. Das heißt, dass in jeder Landesunterkunft fast täglich ein Vorfall aktenkundig wird. Die 4.500 kommunalen Einrichtungen sind in dieser Statistik nicht erfasst.

Bei jedem zweiten der 93.000 Einsätze ging es um Hilfeersuchen, Diebstähle, Randalierer und Streitigkeiten. Es werde deutlich, heißt es in einer Analyse des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD), das kulturelle, ethnische, religiöse Konflikte in den Unterkünften, die räumliche Enge, fehlende Privatsphäre und der erhebliche Konsum von Alkohol Konflikte auslösten und verschärften. Daraus müssten Konsequenzen gezogen werden.

Datum des Originals: 15.03.2016/Ausgegeben: 17.03.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Zudem warnt die Bund-Länder-Projektgruppe vor offenbar vielfachen Agitationsversuchen durch Islamisten, es soll bundesweit hunderte registrierte Fälle geben, die den Sicherheitsbehörden bekannt sind. Unzufriedene Asylbegehrende seien „eine leichte Beute für Islamisten“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Sind die Darstellungen im SPIEGEL-Bericht zutreffend? (Wenn nein, bitte ausführlich begründen und Gegendarstellungen formulieren.)
2. Wie viele Agitationsversuche durch Islamisten sind in NRW durch die Behörden registriert worden? (Bitte auflisten nach Datum, Stadt, Agitationsort, Agitierende Organisation/Personen, Maßnahmen der Behörden, Strafverfahren, etc.)
3. Wie viele Angriffe auf Migranten, Unterkünfte und "rechte Agitation" sind 2015 registriert worden? (Bitte auflisten nach Datum, Stadt, Agitationsort, Agitierende Organisation/Personen, Maßnahmen der Behörden, Strafverfahren, etc.)
4. Wie viele Straftaten werden in 2015 Flüchtlingen/Asylbegehrenden in NRW zugeordnet? (Bitte auflisten nach Deliktfeldern und Gesamtanzahl der Fälle.)
5. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den Analysen der Bund-Länder-Gruppe und des LZPD?

Gregor Golland